



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Minister

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Peter Sönnichsen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

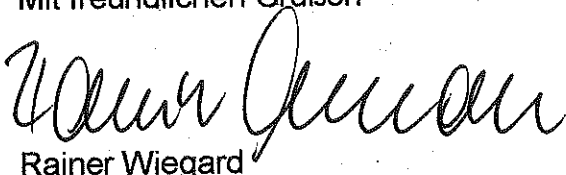
Kiel, *20* September 2010

Antwort der Landesregierung zu den Fragen der Fraktion DIE LINKE zum Haushaltsentwurf 2011/2012 - Teil 1 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den ersten Teil der Antworten der Landesregierung zu den durch die Fraktion DIE LINKE gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2011/2012.

Mit freundlichen Grüßen


Rainer Wiegard

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	04
Seite:	17
Kapitel:	01
Titel:	533 01
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen

Ansatz Ist 2009:	79,7
Ansatz Soll 2010:	90,0
Ansatz Soll HHE 2011:	95,0
Ansatz Soll HHE 2012:	100,0

Frage/Sachverhalt:

Wie viele Stunden leistet das private Dienstleistungsunternehmen in der Pförtnerie / Telefonzentrale des Ministeriums?

Antwort der Landesregierung:

Der Dienst in der Pförtnerie ist in 3 Schichten eingeteilt. Die Frühschicht wird durch eine Beschäftigte des Innenministeriums geleistet. Die Tag- und Spätschichten werden in einem zeitlichen Umfang von 8 und 5,5 Stunden durch ein privates Dienstleistungsunternehmen wahrgenommen. Vertretungserfordernisse werden ebenfalls durch das Personal des Unternehmens abgedeckt.

Im Jahr 2011 wird die Beschäftigte, die in Vollzeit tätig ist, in den Ruhestand gehen. Nach ihrem Ausscheiden ist vorgesehen, den Pförtnerdienst vollständig durch das Personal des Dienstleistungsunternehmens erbringen zu lassen.

In der Telefonzentrale ist kein Dienstleistungsunternehmen eingesetzt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	04
Seite:	17
Kapitel:	01
Titel:	535 04
Zweckbestimmung:	Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes

Ansatz Ist 2009:	717,7
Ansatz Soll 2010:	896,0
Ansatz Soll HHE 2011:	949,1
Ansatz Soll HHE 2012:	945,1

Frage/Sachverhalt:

Wie werden die Mittel im Detail eingesetzt

Antwort der Landesregierung:

Die veranschlagten HH-Mittel werden für Sachausgaben und Investitionen genutzt. Details können im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) geklärt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	04
Seite:	20
Kapitel:	01
Titel:	812 01
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen

Ansatz Ist 2009:	34,6
Ansatz Soll 2010:	20,0
Ansatz Soll HHE 2011:	622,0
Ansatz Soll HHE 2012:	22,0

Frage/Sachverhalt:

Wieso wird der Austausch der Deckenbeleuchtung nicht durch die GMSH erledigt?

Antwort der Landesregierung:

Lt. HandbuchBau (HBBau) Abschnitt K 26 gehören Deckenleuchten in den Büros zu den nutzerspezifischen Anlagen und sind aus dem Sachhaushalt der Ressorts zu finanzieren. Ausschreibung und Auftragsvergabe werden selbstverständlich von der GMSH durchgeführt.

Ein Austausch durch Mitarbeiter der GMSH ist nicht möglich, da der Elektriker für die gesamte Liegenschaft Düsternbrook zuständig ist und diesen zeitlichen Umfang, neben den notwendigen Tätigkeiten in den anderen Liegenschaften, nicht leisten kann.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	04
Seite:	22
Kapitel:	01
Titel:	685 09
Zweckbestimmung:	Zuschuss an Hamburg für Personal- und Verwaltungsausgaben des Statistischen Amtes Hamburg / Schleswig-Holstein

Ansatz Ist 2009:	8.639,6
Ansatz Soll 2010:	16.836,2
Ansatz Soll HHE 2011:	15.278,7
Ansatz Soll HHE 2012:	5.947,7

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der Rückgang in 2012 um ca. 10 Mio. €?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz 2011 beinhaltet die Betriebskosten des Statistischen Amtes Hamburg / Schleswig-Holstein inkl. Kosten des Zensus i. H. v. rd. 7,8 Mio. Der erhebliche Rückgang in 2012 ist auf die Verminderung der Zensuskosten (der wesentliche Aufwand entsteht im Jahr 2011) zurückzuführen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	04
Seite:	24
Kapitel:	01
Titel:	428 63
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2009:	2.290,1
Ansatz Soll 2010:	2.828,1
Ansatz Soll HHE 2011:	2.828,1
Ansatz Soll HHE 2012:	2.828,1

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt die Steigerung zu 2010 von > 20 % zu Stande?

Antwort der Landesregierung:

Es wird davon ausgegangen, dass in der Frage die Differenz zum Ist 2009 gemeint ist.

Die Differenz beruht zum Teil auf im Jahr 2009 unbesetzten Stellen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	04
Seite:	35
Kapitel:	03
Titel:	111 01
Zweckbestimmung:	Gebühren und tarifliche Entgelte

Ansatz Ist 2009:	10.229,9
Ansatz Soll 2010:	10.900,0
Ansatz Soll HHE 2011:	10.000,0
Ansatz Soll HHE 2012:	9.000,0

Frage/Sachverhalt:

Wieso rechnet die LR in 2012 mit einem Einnahmerückgang von 10%?

Antwort der Landesregierung:

Es ist vorgesehen, die Antragsvermessungen stufenweise bis zu einem Anteil von 90 % von den Katasterämtern auf die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure zu verlagern.

Der Rückgang der Zahl der Anträge auf Vermessungen und diese Verlagerung führen zu dem prognostizierten Absinken der Einnahmen aus Gebühren und tariflichen Entgelten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	04
Seite:	37
Kapitel:	03
Titel:	514 01
Zweckbestimmung:	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.

Ansatz Ist 2009:	412,2
Ansatz Soll 2010:	520,0
Ansatz Soll HHE 2011:	510,0
Ansatz Soll HHE 2012:	510,0

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt die Steigerung zu 2010 von > 20 % zu Stande

Antwort der Landesregierung:

Die Ansätze basieren auf den neuesten Erkenntnissen der Katasterämter und des Landesvermessungsamtes.

Sie berücksichtigen auch die erforderliche Ausstattung der Beschäftigten mit Warnkleidung, die bei Vermessungsarbeiten im Verkehrsraum zu tragen ist, und die Ausrüstung der Dienstkraftfahrzeuge mit zusätzlichen Sicherheitseinrichtungen (bspw. Halterungen für die Messinstrumente, Erneuerung der Sicherheitsbeklebungen der Fahrzeuge) und deren Unterhaltung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	04
Seite:	93
Kapitel:	10
Titel:	514 71
Zweckbestimmung:	Ausgaben für kriminal- und fototechnische Geräte (KT-Verbrauch)

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	643,0
Ansatz Soll HHE 2012:	680,0

Frage/Sachverhalt:

Was verbirgt sich hinter dem Verbrauch?

Antwort der Landesregierung:

Aus diesem Titel werden Beschaffungen in folgenden Bereichen durchgeführt:

Verbrauchsmaterial für DNA-Untersuchungen,
Spurensicherungsmaterialien,
Foto- und Videoverbrauchsmaterial,
Verbrauchsmaterial für sonstige Laborgeräte,
Chemikalien, technische Gase

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	04
Seite:	155
Kapitel:	01
Titel:	422 01
Zweckbestimmung:	Stellenplan

Ansatz Ist 2009:	
Ansatz Soll 2010:	
Ansatz Soll HHE 2011:	
Ansatz Soll HHE 2012:	

Frage/Sachverhalt:

Wieso fallen am 31.12.2013 16 Stellen in Zusammenhang mit der Einführung einer Anti-Terror-Datei weg?

Antwort der Landesregierung:

Die Planstellen fallen nicht definitiv zum 31.12.2013 weg, da kw-Vermerke im Rahmen der Haushaltsaufstellung verlängert werden können.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	67
Kapitel:	
Titel:	
Zweckbestimmung:	Zusätzliche Erläuterungen

Ansatz Ist 2009:	
Ansatz Soll 2010:	
Ansatz Soll HHE 2011:	
Ansatz Soll HHE 2012:	

Frage/Sachverhalt:

Auf S. 67 der zusätzlichen Erläuterungen wird bei den Prüfungen in der Spalte Wirtschaftlichkeit/Kosten zum einen das Mehrergebnis pro Kalendertag ausgewiesen und zum anderen die Kosten pro Prüfung dargestellt. Wie lange dauert eine Prüfung im Durchschnitt aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Prüfungen und den jeweils angegebenen Betriebsgrößen?

Antwort der Landesregierung:

Die Frage nach der Dauer der verschiedenen Prüfungen kann in den Zusätzlichen Erläuterungen derzeit noch nicht aufgenommen werden, da sich die entsprechende Datenbank im Aufbau befindet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	10
Kapitel:	0501
Titel:	525 02
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung der MitarbeiterInnen einschl. Reisekosten

Ansatz Ist 2009:	13,4
Ansatz Soll 2010:	10,1
Ansatz Soll HHE 2011:	11,0
Ansatz Soll HHE 2012:	11,0

Frage/Sachverhalt:

Gut ausgebildetes Personal ist eine notwendige Voraussetzung für eine funktionierende Verwaltung. Dazu gehört eine entsprechende Aus und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Warum sind trotzdem entsprechende Kürzungen bei den Ausgaben bezüglich des Ist 2009 geplant?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz für die Jahre 2011/ 2012 wurde gegenüber dem Ansatz für 2010 um je 0,9 T€ erhöht.

Im Haushaltsjahr 2009 wurden Mehrausgaben durch notwendige kostenintensive Fachfortbildungen verursacht. Diese Mehrausgaben wurden im Rahmen der allgemeinen Deckungsfähigkeit gem. § 20 LHO aufgefangen. Sollten im Haushaltsvollzug 2011/ 2012 weitere Mittel benötigt werden, greift auch hier die allgemeine Deckungsfähigkeit.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	11
Kapitel:	0501
Titel:	52910
Zweckbestimmung:	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben

Ansatz Ist 2009:	2,2
Ansatz Soll 2010:	6,0
Ansatz Soll HHE 2011:	5,0
Ansatz Soll HHE 2012:	5,0

Frage/Sachverhalt:

Gegenüber dem Ist 2009 ist ein erheblicher Anstieg zu konstatieren. Was sind im Einzelnen die Gründe für den starken Anstieg?

Antwort der Landesregierung:

Die Ansätze 2011/2012 wurden gegenüber dem Haushaltsansatz 2010 um 17 % gemindert. Die Istaussgabe ist einer in diesem Jahr anderen Aufgabenschwerpunktsetzung unterworfen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	11
Kapitel:	0501
Titel:	53102
Zweckbestimmung:	Öffentlichkeitsarbeit

Ansatz Ist 2009:	3,0
Ansatz Soll 2010:	9,0
Ansatz Soll HHE 2011:	8,0
Ansatz Soll HHE 2012:	8,0

Frage/Sachverhalt:

Gegenüber dem Ist 2009 ist ein erheblicher Anstieg zu konstatieren. Was sind im Einzelnen die Gründe für den starken Anstieg?

Antwort der Landesregierung:

Gegenüber dem Ansatz 2010 werden die Ansätze um 11 % gemindert.
Es ist beabsichtigt die Überarbeitung von Broschüren, die unbedingt erforderlich sind, in Angriff zu nehmen.
Hier besteht erhöhter Bedarf.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	11
Kapitel:	0501
Titel:	53302
Zweckbestimmung:	Aufwendungen für Pförtnerdienste

Ansatz Ist 2009:	46,7
Ansatz Soll 2010:	48,5
Ansatz Soll HHE 2011:	39,0
Ansatz Soll HHE 2012:	39,0

Frage/Sachverhalt:

Was sind im Einzelnen die Gründe für die Kürzungen? Werden die Pförtner gegenüber 2009 und/oder 2010 schlechter bezahlt? Welcher Stundenlohn liegt den unterschiedlichen Ansätzen in den einzelnen Jahren jeweils zu Grunde? Gibt es eine Veränderung bei der Anzahl des eingesetzten Personals, wenn ja, wie jeweils in den einzelnen Jahren? Wie hoch ist in den einzelnen Jahren die jeweilige durchschnittliche monatliche Arbeitszeit der Beschäftigten?

Antwort der Landesregierung:

Die Pförtnerdienstleistungen für das FM wurden zum 1. Jan. 2010 durch öffentliche Ausschreibung der GMSH neu ausgeschrieben. Vertragsbestandteil ist u.a. eine tarifgerechte Entlohnung sowie der Einsatz sozialversicherungspflichtigen Personals. Trotz des am 1.12.2009 in Kraft getretenen Lohntarifvertrages im Wach- und Sicherheitsgewerbe, der eine überproportionale Anhebung der untersten Lohngruppen um rd. 9% ergab, führte die Ausschreibung zu einem um 0,31€ niedrigeren Stundensatz.

Der tarifliche Pförtner-Stundenlohn betrug bis Nov. 2009 ca. 5,30€, seit 1.12.2009 nunmehr 6,05€.

Die Bewachungszeit beträgt unverändert 14,25 Stunden pro Arbeitstag, die im 2-Schichtbetrieb absolviert wird.

Die durchschnittliche monatliche Arbeitszeit betrug in 2009:

1. Schicht: 205 Stunden
2. Schicht: 80 Stunden

Und seit Jan.- 2010:

1. Schicht: 160 Stunden
2. Schicht: 125 Stunden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	11
Kapitel:	0501
Titel:	54699
Zweckbestimmung:	Vermischte Verwaltungsausgaben, ...

Ansatz Ist 2009:	37,3
Ansatz Soll 2010:	9,0
Ansatz Soll HHE 2011:	29,0
Ansatz Soll HHE 2012:	29,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der starke Anstieg gegenüber dem Soll 2010 und die Verringerung des Ansatzes gegenüber dem Ist 2009?

Antwort der Landesregierung:

Bei der Haushaltsaufstellung für die Jahre 2009/ 2010 wurden versehentlich statt beim Titel 0501- 546 99 Kosten beim Titel 0501- 526 01 veranschlagt. Im Rahmen der Deckungsfähigkeit wurden die Ausgaben allerdings titeltreu gebucht. Dies erklärt die Erhöhung des IST 2009.

Die Veranschlagung wurde bei der Haushaltsaufstellung 2011/ 2012 für beide Titel bereinigt. Für 2011/ 2012 ist derzeit kein höherer Bedarf ersichtlich.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	12
Kapitel:	0501
Titel:	97201
Zweckbestimmung:	Globale Minderausgaben

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	-770,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Was genau bewirkt der Titel 97201? Wie ist dieses Verfahren mit der gebotenen Haushaltsklarheit und –wahrheit vereinbar?

Antwort der Landesregierung:

Globale Minderausgaben dienen dem haushalterischen Ausgleich von vorgesehenen Einsparungen, die noch nicht titelscharf aufgelöst werden können. Sie werden im Haushaltsvollzug durch Minderausgaben bei anderen Titeln aufgelöst.

Globale Minderausgaben werden mit dem Haushaltsplan als Teil des Haushaltsgesetzes durch das Parlament beschlossen und entsprechen somit den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und -wahrheit.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	17
Kapitel:	0502
Titel:	52501
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung der MitarbeiterInnen einschl. Reisekosten

Ansatz Ist 2009:	13,5
Ansatz Soll 2010:	7,1
Ansatz Soll HHE 2011:	9,0
Ansatz Soll HHE 2012:	8,5

Frage/Sachverhalt:

Für eine effektive Verwaltung ist gut ausgebildetes Personal eine notwendige Voraussetzung. Dazu gehört eine entsprechende Aus- und Fortbildung der MitarbeiterInnen. Wie werden die Einsparungen in diesem Bereich begründet?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz für die Jahre 2011/ 2012 wurde gegenüber dem Ansatz für 2010 um 1,9 T€ / 1,4 T€ erhöht.

Im Haushaltsjahr 2009 wurden Mehrausgaben durch notwendige kostenintensive Fachfortbildungen verursacht. Diese Mehrausgaben wurden im Rahmen der allgemeinen Deckungsfähigkeit gem. § 20 LHO aufgefangen. Sollten im Haushaltsvollzug 2011/ 2012 weitere Mittel benötigt werden, greift auch hier die allgemeine Deckungsfähigkeit.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	22/25
Kapitel:	0505
Titel:	23102 und 0505-52501
Zweckbestimmung:	Verwaltungskostenentschädigung, Ausbildung und Umschulung

Ansatz Ist 2009:	0 (875,9)
Ansatz Soll 2010:	0 (705,7)
Ansatz Soll HHE 2011:	486,0 (1031,3)
Ansatz Soll HHE 2012:	972,0 (1244,6)

Frage/Sachverhalt:

Bei der Ausbildung und Umschulung der MitarbeiterInnen einschl. Reisekosten ergeben sich abzüglich des Zuschusses aus dem Titel 0505-23102 erhebliche Minderausgaben.

In welchen der auf S. 26 genannten neun Unterpunkten sind welche Kürzungen gegenüber 2009 (ist) und 2010 (soll) geplant?

Wie entwickeln sich die Kosten in 2009, 2010, 2011 und 2012 pro MitarbeiterIn in den neun unterschiedlichen Bereichen ohne Berücksichtigung der in der Landessteuerverwaltung auszubildenden BundesbeamtInnen?

Wie werden die erheblichen Mittelkürzungen in diesem Bereich begründet?

Antwort der Landesregierung:

Ausgabenminderungen 2011/2012 gegenüber dem Ist 2009 und dem Soll 2010 sind durch die geringere Einstellung von Nachwuchskräften begründet.

Gegenüber dem Ist 2009 sind im Soll 2011/2012 geminderte Teilansätze vorgesehen in den Unterteilen:

1. Lehrgänge für Beamtenanwärterinnen und -anwärter
3. Sonstiges (Beschaffung von Lehrmaterial, Büchern usw.)
4. Fachhochschulausbildung für die Beamtenanwärterinnen und -anwärter
5. Lehrgänge im Bildungszentrum der Steuerverwaltung des Landes SH

Gegenüber dem Soll 2010 ist für 2011 keine Ausgabenminderung und für 2012 ein geminderter Teilansatz im Unterteil 5 (Lehrgänge im Bildungszentrum der Steuerverwaltung des Landes SH) veranschlagt wegen der geringeren Einstellung von Nachwuchskräften des mittleren Dienstes im Einstellungsjahrgang 2011.

Ausgabenentwicklung der Jahre 2009, 2010, 2011 und 2012:

Unterteile	Ist 2009 €	Soll 2010 €	Soll 2011 €	Soll 2012 €
1. Lehrgänge für Beamtenanwärterinnen und -anwärter	12.954	9.000	9.000	9.000
2. Unterrichtentschädigungen	37.415	31.000	39.800	40.300
3. Sonstiges (Beschaffungen von Lehrmaterial, Büchern usw.)	57.837	50.000	50.000	50.000
4. Fachhochschulausbildung für die Beamtenanwärterinnen und -anwärter	534.131	376.200	439.900	470.600
5. Lehrgänge im Bildungszentrum der Steuerverwaltung des Landes SH	185.253	170.800	178.400	157.900
6. Studienabschnitte an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung	7.839	7.700	8.100	8.100
7. Reisekosten für Dienstreisen während der berufspraktischen Ausbildungszeiten	5.036	8.000	8.000	8.000
8. Reisekosten für Dienstreisen zu Prüfungszwecken	1.635	3.000	3.000	3.000
9. Aufstiegsfortbildung	33.800	50.000	50.000	50.000
	875.900	705.700	786.200	796.900

Durchschnitt der Jahre 2009, 2010, 2011 und 2012 pro MitarbeiterIn (ohne Personalkosten):

Unterteile	Ist 2009 €	Soll 2010 €	Soll 2011 €	Soll 2012 €
1. Lehrgänge für Beamtenanwärterinnen und -anwärter	47,12	47,37	51,43	55,21
2. Unterrichtentschädigungen	162,30	163,16	227,43	247,24
3. Sonstiges (Beschaffungen von Lehrmaterial, Büchern usw.)	261,78	263,16	285,71	306,75
4. Fachhochschulausbildung für die Beamtenanwärterinnen und -anwärter	2.014,14	1.980,00	2.513,71	2.886,81
5. Lehrgänge im Bildungszentrum der Steuerverwaltung des Landes SH	889,53	898,95	1.019,43	968,71
6. Studienabschnitte an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung	40,31	40,53	46,29	49,69
7. Reisekosten für Dienstreisen während der berufspraktischen Ausbildungszeiten	41,88	42,11	45,71	49,08
8. Reisekosten für Dienstreisen zu Prüfungszwecken	15,71	15,79	17,14	18,40
9. Aufstiegsfortbildung	0,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00

Verminderter Ausgabenbedarf ist mit der geringeren Einstellung von Nachwuchskräften begründet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	28
Kapitel:	0505
Titel:	53502
Zweckbestimmung:	Kosten des Zahlungsverkehrs

Ansatz Ist 2009:	304,7
Ansatz Soll 2010:	221,0
Ansatz Soll HHE 2011:	347,0
Ansatz Soll HHE 2012:	370,6

Frage/Sachverhalt:

Wie erklären sich die Schwankungen bei den Ausgaben in den unterschiedlichen Jahren? Werden die Kosten für nicht eingelöste Lastschriften nicht den VerursacherInnen in Rechnung gestellt oder finden sie sich bei den Einnahmen wieder, wenn ja, in welchem Titel (11101)?

Antwort der Landesregierung:

Die Ausgaben für Gebühren für Rücklastschriften aus dem LEV sind beständig angestiegen. Schwankungen sind nicht zu verzeichnen. Das Soll des Haushaltsjahres 2009 betrug lediglich 219,8 T€ Die Mehrausgaben wurden im Haushaltsvollzug aus anderen Titeln der HGr. 5 gedeckt. Auch für den Haushaltsvollzug 2010 wird Mehrbedarf unter Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckung abgedeckt.

Die Kostensteigerungen sind in der Hauptsache verursacht durch die Einführung der verbindlichen Teilnahme am LEV für die Kraftfahrzeugsteuer bei der Anmeldung eines Kraftfahrzeuges. Im Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung 2009/2010 war die Kostenentwicklung nicht absehbar. Für den Doppelhaushalt 2011/2012 sind die erwartenden Kostensteigerungen in die Ansätze eingebracht worden.

Die Gebühren für Rücklastschriften aus dem LEV werden nicht mehr von den Steuerpflichtigen angefordert. Wirtschaftlichkeitsberechnungen auf Grundlage der Ergebnisse der Jahre 2009 und 2010 haben ergeben, dass die Kosten für den Personaleinsatz in den Finanzkassen die Ausgaben für die Gebühren übersteigen würden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	39
Kapitel:	0506
Titel:	52699
Zweckbestimmung:	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.

Ansatz Ist 2009:	833,0
Ansatz Soll 2010:	90,0
Ansatz Soll HHE 2011:	250,0
Ansatz Soll HHE 2012:	250,0

Frage/Sachverhalt:

Welche einzelnen Strukturmaßnahmen bei Beteiligungen sind vorgesehen und wie viel Euro sind für diese einzelnen Strukturmaßnahmen im Einzeltitel jeweils vorgesehen?

Antwort der Landesregierung:

Für Beratungsleistungen bei anstehenden Strukturplanungen und -entscheidungen werden z.B. für AKN, UK-SH sowie sonstige grundsätzliche Organisationsentscheidungen 250,0 T€ benötigt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	39
Kapitel:	0506
Titel:	53103
Zweckbestimmung:	Veröffentlichungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern

Ansatz Ist 2009:	1,3
Ansatz Soll 2010:	7,0
Ansatz Soll HHE 2011:	2,0
Ansatz Soll HHE 2012:	2,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die große Differenz zwischen dem Soll 2010 und Ansatz 2011 und 2012 zu erklären?
Warum gibt es eine große Erhöhung im Ansatz 2011 und 2012 gegenüber dem Ist 2009?

Antwort der Landesregierung:

Im Jahr 2010 wird mit einer vermehrten Anzahl von Immobilienanzeigen gerechnet.
Der Ansatz für 2011/ 2012 wurde an den in diesen Jahren erkennbaren Bedarf angepasst.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
x	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	05
Seite:	42
Kapitel:	0506
Titel:	533 04 (MG01)
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen

Ansatz Ist 2009:	17,4
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	25,0
Ansatz Soll HHE 2012:	28,0

Frage/Sachverhalt:

Wie wird gewährleistet, dass eventuell eingesetzte Zeitarbeitskräfte nicht schlechter gestellt werden als andere Beschäftigte des Landes? Erhalten eventuell eingesetzte Zeitarbeitskräfte Tariflohn? Haben eventuell eingesetzte Zeitarbeitskräfte den gleichen Urlaubsanspruch wie die anderen Beschäftigten des Landes?

Antwort der Landesregierung:

Antwort des Amtes für Bundesbau:

Die Auswahl der Zeitarbeitskräfte für das AfB erfolgt nur über Zeitarbeitsfirmen, die ihre Mitarbeiter im Rahmen der Branchentarifverträge beschäftigen. Im AfB ist zur Zeit eine Zeitarbeitskraft über die Firma Randstadt tätig.

Die Zahlung erfolgt nach Tarif (Branchentarifvertrag). Der Tarifvertrag sieht einen Grundurlaub von 24 Tagen vor und steigert sich nach 5 Jahren Zugehörigkeit auf 30 Urlaubstage.

Die Zeitarbeitskräfte sind in diesen Fällen nicht schlechter gestellt als andere Mitarbeiter des Landes. Das betrifft auch die Arbeit vor Ort im AfB. Hier gelten für die Zeitarbeitskräfte die gleichen Regelungen und arbeitstechnischen Bedingungen wie auch für die anderen Beschäftigten des Landes.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	86
Kapitel:	13
Titel:	119 06
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen

Ansatz Ist 2009:	66,0
Ansatz Soll 2010:	10,0
Ansatz Soll HHE 2011:	10,0
Ansatz Soll HHE 2012:	10,0

Frage/Sachverhalt:

Wie rechtfertigen sich die Kürzungen?
Welche Folgen sind zu erwarten?

Antwort der Landesregierung:

Im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung führen Ausgabeminderungen und nicht für den Zweck verwendete Zuwendungen zu Rückforderungen. Da sich diese Einnahmen nicht einschätzen lassen, ist der Titelansatz nur mit pauschal 10 T€ veranschlagt. Die Mehreinnahmen dürfen laut Haushaltsvermerk zweckgebunden für Ausgaben in der MG 02 verwendet werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	88
Kapitel:	13
Titel:	633 01
Zweckbestimmung:	Zuweisungen an Kommunen für Projekte

Ansatz Ist 2009:	3,3
Ansatz Soll 2010:	250,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit gedenkt die Landesregierung den Integrationsprozess der Menschen mit Migrationshintergrund vor Ort voranzutreiben, wenn die dafür vorgesehene Projekte der Kommunen künftig gestrichen werden? Nach dem Integrationsplan gestaltet sich die Integrationsarbeit vor Ort durch konkrete Projekte effizienter. Wofür wird das Geld künftig vorgesehen? Würden die jetzigen Einsparungen durch Streichung der kommunalen Projekte zur Haushaltskonsolidierung künftig zu mehr Kosten zur Reintegrationsarbeit führen, da dadurch gesamtgesellschaftliche Problemfelder in die Zukunft verlagert werden?

Antwort der Landesregierung:

Ziel der Förderrichtlinie „Kommunale Integrationsarbeit“ war die Verbesserung der Strukturen sowie die Entwicklung von Strategien und Konzeptionen in den Kommunen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Richtlinie ist 2009 in Kraft getreten und war von vornherein bis zum 31. Dezember 2011 befristet. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wird die Förderrichtlinie vorzeitig zum 31. Dezember 2010 beendet und die bisher vorgesehenen Mittel werden in der Maßnahmegruppe 02 eingespart.

Es handelt sich bei der Förderung um einmalige Zuschüsse. Die Förderung ist auf das laufende Haushaltsjahr beschränkt. Insofern gibt es keine von der Kürzung betroffenen Projekte.

Integration als Querschnittsaufgabe in den Kommunalverwaltungen zu verankern und kommunale Gesamtstrategien zu entwickeln, ist Teil der Selbstverpflichtungen, die die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände im Nationalen Integrationsplan eingegangen ist.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	88
Kapitel:	13
Titel:	681 02
Zweckbestimmung:	Integrationspreis

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	7,5
Ansatz Soll HHE 2012:	7,5

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit würde der Integrationspreis zur Integration der Migranten beitragen, wenn der Preis den Anbietern verliehen wird. Nach welchen Auswahlkriterien wird die Preisverleihung wahrgenommen. Inwieweit würde der Integrationspreis die Migranten zu erwünschten Integrationsangeboten animieren?

Antwort der Landesregierung:

Der schleswig-holsteinische Integrationspreis soll 2011 erstmalig verliehen werden. Derzeit vergeben auf Landesebene bereits neun andere Bundesländer einen solchen Preis. Ein solcher könnte auch in Schleswig-Holstein dem Thema Integration eine gesteigerte mediale Aufmerksamkeit verleihen und wäre eine Wertschätzung der Arbeit der Preisträger. Ein genaues Verfahren wird erst mit der Festlegung des Titels im Haushalt fertig gestellt werden.

In Planung ist die Vergabe des schleswig-holsteinischen Integrationspreises unter jährlich wechselnden Gesichtspunkten. Verschiedene Oberthemen (bspw. Bildung oder Sport) führen auch zu unterschiedlichen Anforderungen an die Bewerber. Die Teilnahmeberechtigung würde sich ebenfalls nach dem Oberthema richten.

Jurymitglieder für die Auswahl der Integrationspreisträger sind derzeit noch nicht berufen. Auch die Preisverleihung hat noch keinen festen Rahmen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	88
Kapitel:	13
Titel:	684 05
Zweckbestimmung:	Integrationsmaßnahmen für junge Migrantinnen und Migranten

Ansatz Ist 2009:	136,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Wie möchte die Landesregierung die vorhandenen Sprachdefizite der jungen Migranten, die durch Nachhilfeangebote behoben werden, in Zukunft kompensieren? Da die sprachliche Kompetenz für die Eingliederung der Menschen insbesondere mit Migrationshintergrund eine zentrale Rolle spielt, ist es notwendig, rechtzeitig, d.h. in den entscheidenden Spracherwerbsphasen mit der maximalen kognitiven Aufnahmefähigkeit durch gezielte Sprachförderung die mangelnden Sprachkenntnisse zu beseitigen.

Antwort der Landesregierung:

Die Förderrichtlinie „Richtlinie über die Förderung von außerschulischen Deutsch-Sprachkursen mit integrierter Hausaufgabenbetreuung für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Erstsprache“ ist 2009 ausgelaufen. Die schulische Förderung „Deutsch als Zweitsprache“ ist Teil des Bildungsauftrages und wird im Rahmen des Integrativen Sprachförderkonzeptes der Landesregierung umgesetzt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	89
Kapitel:	13
Titel:	684 15
Zweckbestimmung:	Migrationssozialberatung

Ansatz Ist 2009:	1.565,6
Ansatz Soll 2010:	1.580,0
Ansatz Soll HHE 2011:	1,457,9
Ansatz Soll HHE 2012:	1.239,9

Frage/Sachverhalt:

Wie wird die Landesregierung in Zukunft dem dringenden Bedarf an Migrationssozialberatung ohne Einbüßen der Beratungsqualität begegnen, wenn dafür vorgesehene Personal- und Sachkosten graduell auf das Notwendige reduziert werden?

Antwort der Landesregierung:

Die Landesregierung beabsichtigt die Beratungsqualität zu erhalten. Im Rahmen der gekürzten Haushaltsmittel wird die Landesregierung eine Mindestversorgung in den Kreisen und kreisfreien Städten weiterhin gewährleisten. Abhängig von der Antragstellung, den Eigen- und Drittmitteln werden in 2011 voraussichtlich etwa 4 und in 2012 voraussichtlich etwa weitere 4,5 Personalstellen von derzeit über 60 Personalstellen in der bundes- bzw. landesfinanzierten migrationspezifischen Beratung in Schleswig-Holstein nicht mehr gefördert werden können.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	23
Kapitel:	09 02
Titel:	526 11
Zweckbestimmung:	Gebühren und Auslagen der Prozesskostenhilfe

Ansatz Ist 2009:	18.824,7
Ansatz Soll 2010:	19.000,0
Ansatz Soll HHE 2011:	17.500,0
Ansatz Soll HHE 2012:	17.500,0

Frage/Sachverhalt:

Wie will die LR 1,5 Mio € bei der Prozesskostenhilfe einsparen?

Antwort der Landesregierung:

Vorbemerkung zu den Auslagen in Rechtssachen (Tit. 0902 – 526 11 bis 526 17, 0904 – 526 11, 0905 – 526 11 – 13, 0906 – 526 11, 0908 – 526 13 – 15 und 0909 – 526 11)

Im HHE 2011/ 2012 wurde für den Ausgabenbereich der Auslagen in Rechtssachen des Epl. 09 die gegenseitige Deckungsfähigkeit vorgesehen (s. a. Deckungsvermerke; z.B. zu Tit. 0902 – 526 11).

Bei den Auslagen in Rechtssachen handelt es sich um für die Verwaltung nicht steuerbare Ausgaben. Im Epl. 09 sind für diesen Ausgabenbereich Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt rd. 96,9 Mio. € (in 2011) bzw. 97,4 Mio. € (in 2012) veranschlagt worden. Der monatliche Bedarf unterliegt zudem erheblichen Schwankungen (zwischen rd. 7,0 Mio. € und 9,2 Mio. €), die eine Bedarfseinschätzung für die Folgejahre erschweren. Für die Veranschlagung der erwarteten Ausgaben wird weitgehend die bisherige Bedarfsentwicklung als Prognose der zukünftigen Entwicklung zu Grunde gelegt.

Nach dem jetzigen Erwartungsstand wurden bis zum Ende des Jahres 2012 gegenüber dem Ist 2009 (92,4 Mio. €) Ausgabesteigerungen von bis zu 5,0 Mio. € berücksichtigt.

Zu den Fragen:

Zum Stand 01.09.2010 wurden für Gebühren und Auslagen der Prozesskostenhilfe rd.12,4 Mio. € verausgabt und damit rd. - 0,3 Mio. € weniger gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die monatlichen Ausgaben des für Gebühren und Auslagen der Prozesskosten schwanken zwischen 1,3 Mio. € und 1,7 Mio. €. Für das HH-Jahr 2010 wird derzeit mit Ausgaben im Tit. 0902- 526 11 zwischen 17,0 Mio. € und 18,0 Mio. € gerechnet, für 2011/ 2012 wurde der Mittelwert veranschlagt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

2

Einzelplan:	09
Seite:	24
Kapitel:	09 02
Titel:	526 16
Zweckbestimmung:	Kosten der Rechtsberatungshilfe

Ansatz Ist 2009:	4.909,4
Ansatz Soll 2010:	6.200,0
Ansatz Soll HHE 2011:	5.000,0
Ansatz Soll HHE 2012:	5.000,0

Frage/Sachverhalt:

Wie will die LR 1,2 Mio € bei der Rechtsberatungshilfe einsparen

Antwort der Landesregierung:

Hinweis auf die Vorbemerkung zu den Auslagen in Rechtssachen (siehe Antwort zu Tit. 0902 – 52611).

Zum Stand 01.09.2010 wurden für Kosten der Rechtsberatungshilfe rd. 3,4 Mio. € verausgabt und damit rd. + 0,1 Mio. € mehr gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Für das HH-Jahr 2010 wird derzeit mit Ausgaben im Tit. 0902 - 526 16 von bis zu 5,0 Mio. € erwartet, für die Jahre 2011/ 2012 wurde dieser Betrag überrollt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	27
Kapitel:	09 02
Titel:	632 12
Zweckbestimmung:	Kostenanteil an dem gemeinsamen Staatsschutzsenat der norddeutschen Länder

Ansatz Ist 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der Stand der Verhandlungen?

Antwort der Landesregierung:

Seit dem 6. September 2010 liegt dem MJGI der Entwurf eines Staatsvertrages zur Errichtung eines gemeinsamen Staatsschutzsenates mit Hamburg vor. Nach Art. 2 des Vertrages ist ein gesondertes Verwaltungsabkommen zur Kostenregelung vorgesehen. Der Entwurf dieses Verwaltungsabkommens wurde durch das MJGI nachgefordert, um die Rahmenwerte hinsichtlich Personal- und Sachkosten und damit die finanziellen Auswirkungen abschließend prüfen zu können.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	29
Kapitel:	09 02
Titel:	533 01
Zweckbestimmung:	Therapie und Beratungsangebote für Sexual- und Gewaltstraftäter

Ansatz Ist 2009:	32,2
Ansatz Soll 2010:	70,0
Ansatz Soll HHE 2011:	45,0
Ansatz Soll HHE 2012:	45,0

Frage/Sachverhalt:

Was bedeutet die Kürzung für die Durchführung der Therapie- und Beratungsangebote?

Antwort der Landesregierung:

Aus Tit. 533 01 werden Einzelmaßnahmen finanziert, die nicht im Rahmen einer Projektförderung bei Titel 0902 – 684 09 bewilligt werden. Im Rahmen der Maßnahmengruppe 01 können Mehrausgaben im Haushaltsvollzug durch Minderausgaben bei anderen Haushaltstiteln gegenfinanziert werden.

In 2009 wurden HH-Mittel im Rahmen der Deckungsfähigkeit in Höhe von 40,0 T€ auf 0902-684 09 umgeschichtet. Hierdurch wird ein Nachsorgeprojekt in Lübeck gefördert. Das Projekt wird durch den Träger „Die Brücke“ durchgeführt.

Mit der Anmeldung 2011/2012 wird diese Mittelumschichtung lediglich nachvollzogen. Es handelt sich folglich nicht um Kürzungen. Dem Bedarf an ambulanten Einzelmaßnahmen für unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehende Sexual- und Gewaltstraftäter (mit gerichtlicher Weisung und in Fällen der Nachsorge nach der Haftentlassung) kann im Bedarfsfall entsprochen werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	29
Kapitel:	02
Titel:	68406
Zweckbestimmung:	Zuwendungen zur Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben nach § 9 BGG durch Träger der freien Straffälligenhilfe

Ansatz Ist 2009:	730,0
Ansatz Soll 2010:	730,0
Ansatz Soll HHE 2011:	665,0
Ansatz Soll HHE 2012:	665,0

Frage/Sachverhalt:

Was bedeutet die Kürzung für die Straffälligenhilfe?

Antwort der Landesregierung:

Bisher wurde ein rückläufiger Bedarf bei Zuwendungen für die Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben nach § 9 BGG durch Träger der freien Straffälligenhilfe angenommen. Ob diese Annahme auch weiterhin begründet ist oder ob sich noch Änderungsbedarfe zwischen 0902-684 06 und 0902-684 09 ergeben könnten, wird zurzeit geprüft.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	30
Kapitel:	02
Titel:	684 07
Zweckbestimmung:	Maßnahmen für den Opferschutz

Ansatz Ist 2009:	53,2
Ansatz Soll 2010:	70,0
Ansatz Soll HHE 2011:	60,0
Ansatz Soll HHE 2012:	60,0

Frage/Sachverhalt:

Was bedeutet die Kürzung für den Opferschutz?

Antwort der Landesregierung:

Es ist eine Bedarfsanpassung aufgrund der Ist-Entwicklung 2009 vorgenommen worden. Alle Maßnahmen können fortgeführt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	39
Kapitel:	03
Titel:	533 01
Zweckbestimmung:	Kosten für private Sicherheitskräfte zur Baustellensicherung

Ansatz Ist 2009:	202,0
Ansatz Soll 2010:	140,0
Ansatz Soll HHE 2011:	140,0
Ansatz Soll HHE 2012:	140,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Aufgaben nehmen private Sicherheitsdienste im Zusammenhang mit Baustellen in JVAen wahr?

Antwort der Landesregierung:

In Zusammenarbeit mit den Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes werden Mitarbeiter des privaten Sicherheitsdienstes im Bereich der Baustellensicherung eingesetzt. Zu den Aufgaben gehört insbesondere die Abwicklung des Baustellenverkehrs, d. h. die Annahme, Kontrolle und Begleitung der Bauarbeiter und der Baufahrzeuge auf die Baustelle. Daneben sind Sicherheitsanlagen zu bedienen, die Baustelle zu überwachen und zur Einhaltung der Sicherheits- und Ordnungsvorschriften auf der Baustelle beizutragen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	45
Kapitel:	03
Titel:	537 61
Zweckbestimmung:	Ausgaben für Therapiemaßnahmen und für externe Fachkräfte im Bereich der Schuldnerberatung

Ansatz Ist 2009:	786,7
Ansatz Soll 2010:	925,0
Ansatz Soll HHE 2011:	775,0
Ansatz Soll HHE 2012:	775,0

Frage/Sachverhalt:

Durch welche Maßnahmen sollen die Kürzungen erreicht werden?

Antwort der Landesregierung:

In 2009 wurde der Titel aufgrund personeller Nachbesetzungsprobleme der Trägers CAU nicht ausgeschöpft.

Die Therapien innerhalb der Justizvollzugsanstalten wurden durch die GMSH ausgeschrieben und seit 2010 ergeben sich durch die Leistungsbeschreibungen und festgelegten Fachleistungsstundensätze bei niedrigerem finanziellem Aufwand gleich hoch qualifizierte Angebote für die Inhaftierten.

Durch die am Ende 2010 abgeschlossene Ausschreibung für die Schuldnerberatung in allen Anstalten wird derselbe Effekt erwartet.

Somit sind die Ansätze fachlich vertretbar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	57
Kapitel:	05
Titel:	812 02
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Ansatz Ist 2009:	120,9
Ansatz Soll 2010:	37,0
Ansatz Soll HHE 2011:	75,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Was soll beschafft werden?

Antwort der Landesregierung:

Wegen der starken Belastung der Sozialgerichte durch die Verfahren nach SGB II und XII (sog. „Hartz-IV-Verfahren“) ist auch das Sozialgericht Itzehoe personell im richterlichen Dienst und im Servicebereich verstärkt worden. Diese personelle Verstärkung macht die Anmietung einer neuen Liegenschaft erforderlich. Nach dem Feststellungsbescheid der GMSH vom 12.03.2010 besteht ein anerkannter Raummehrbedarf von 397 qm. Die GMSH ist mit der Marktrecherche beauftragt. Die Mittel sind für Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung von Büroeinrichtungen für die zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie die Einrichtung und Ausstattung von Sitzungssälen vorgesehen. Bislang wurden die Sitzungssäle im Amtsgericht Itzehoe, wo das Gericht noch untergebracht ist, genutzt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	70
Kapitel:	08
Titel:	533 01
Zweckbestimmung:	Aufwendungen für Dienstverträge

Ansatz Ist 2009:	60,9
Ansatz Soll 2010:	65,0
Ansatz Soll HHE 2011:	65,0
Ansatz Soll HHE 2012:	65,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Leistungen erbringt der externe Pfortnerdienst?
--

Antwort der Landesregierung:

Der externe Pfortnerdienst der Staatsanwaltschaft Lübeck ist für die Eingangskontrolle (Anmeldung und Kontrolle von Besuchern) der Eingänge in der Travemünderallee 9 und der Eschenburgstraße 2 zuständig.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	83
Kapitel:	12
Titel:	684 03
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an Frauenberatungseinrichtungen

Ansatz Ist 2009:	1.055,7
Ansatz Soll 2010:	1.053,0
Ansatz Soll HHE 2011:	1.024,4
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Was geschieht mit der Förderung ab 2012? Wie viele Stellen sind betroffen?
 Welche Steuereinnahmen gehen dem Land in Folge ausbleibender Einkommenssteuer, Anteile an der Mehrwertsteuer verloren?
 Welche Kosten entstehen dem Land in der Folge von Arbeitslosigkeit der betroffenen Personen? Ist die Kürzung mit Art. 3 GG vereinbar?

Antwort der Landesregierung:

1. Die Förderung der Frauenberatungsstellen wird ab dem Jahr 2012 an die Förderung der Frauenhäuser gekoppelt. Dazu wird ein Betrag von 500,0 T€ aus dem Titel 0912 - 684 03 ins FAG umgesetzt. Die Differenz wird eingespart. Insgesamt stehen somit für die Frauenberatungsstellen, die Frauenhäuser und das Kooperations- und Interventionskonzept bei häuslicher Gewalt 4,8 Mio. € im FAG zur Verfügung. Ein Vorschlag für ein Konzept für die Verteilung der Mittel wurde vom Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration vorgelegt und wird derzeit mit allen Beteiligten diskutiert.
2. Wie viele Stellen von der Kürzung betroffen sind, kann erst dargelegt werden, wenn das unter 1. genannte Konzept vorliegt.
3. Weil die steuerlichen Folgen des Wegfalls der Förderung nicht prognostiziert werden können, kann die Frage nicht beantwortet werden.
4. Zur Beantwortung dieser Frage müssten die Beratungsstellen über ihre personellen Veränderungen im Jahr 2012 befragt werden. Diese Abfrage kann erst erfolgen, wenn das genannte Einsparkonzept vorliegt und die Fördersumme für die einzelnen Einrichtungen bekannt ist.

Die Kürzung ist mit Art. 3 GG vereinbar. Konkrete Ansprüche auf finanzielle Förderung sind aus dieser Verfassungsnorm nicht ableitbar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	84
Kapitel:	12
Titel:	684 05
Zweckbestimmung:	Zuschuss an das Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.

Ansatz Ist 2009:	90,0
Ansatz Soll 2010:	90,0
Ansatz Soll HHE 2011:	87,6
Ansatz Soll HHE 2012:	77,7

Frage/Sachverhalt:

Wie viele Stellen sind betroffen? Wie wirkt sich die Kürzung auf das Angebot aus?
Ist die Kürzung mit Art. 3 GG vereinbar?

Antwort der Landesregierung:

Das Land Schleswig-Holstein ist nicht der einzige Zuwendungsgeber für das Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e. V., der Verein verfügt über diverse andere Einnahmequellen. Eine Aussage darüber, ob die Kürzungen durch Anwerbung weiterer Mittel von dritter Seite kompensiert werden können oder ob von den Kürzungen des Landeszuschusses überhaupt Stellen betroffen sein werden, ist daher nicht möglich. Gleiches gilt für die Frage, ob das Frauennetzwerk auf die Kürzung mit einer Änderung der Ausgestaltung des Angebotes reagiert.

Die Kürzung ist mit Art. 3 GG vereinbar. Konkrete Ansprüche auf finanzielle Förderung sind aus dieser Verfassungsnorm nicht ableitbar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	84
Kapitel:	12
Titel:	684 06
Zweckbestimmung:	Zuschuss an den Landesfrauenrat

Ansatz Ist 2009:	33,0
Ansatz Soll 2010:	33,0
Ansatz Soll HHE 2011:	17,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Was geschieht mit der Förderung ab 2012?
Ist die Kürzung mit Art. 3 GG vereinbar?

Antwort der Landesregierung:

Nach dem jetzigen Stand ist die Einstellung der Förderung ab 2012 vorgesehen. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten werden gleichwohl zurzeit geprüft.

Die Kürzung ist mit Art. 3 GG vereinbar. Konkrete Ansprüche auf finanzielle Förderung sind aus dieser Verfassungsnorm nicht ableitbar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	88
Kapitel:	13
Titel:	633 01
Zweckbestimmung:	Zuweisungen an Kommunen für Projekte

Ansatz Ist 2009:	3,3
Ansatz Soll 2010:	250,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erfolgt künftig die Förderung?

Antwort der Landesregierung:

Siehe Antwort zur vorherigen Frage zum selben Titel.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	88
Kapitel:	13
Titel:	684 05
Zweckbestimmung:	Integrationsmaßnahmen für junge Migrantinnen und Migranten

Ansatz Ist 2009:	136,0
Ansatz Soll 2010:	0,0
Ansatz Soll HHE 2011:	0,0
Ansatz Soll HHE 2012:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erfolgt künftig die Förderung?

Antwort der Landesregierung:

Siehe Antwort zur vorherigen Frage zum selben Titel.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	90
Kapitel:	13
Titel:	534 62
Zweckbestimmung:	Kosten der Rückführung

Ansatz Ist 2009:	203,6
Ansatz Soll 2010:	110,0
Ansatz Soll HHE 2011:	150,0
Ansatz Soll HHE 2012:	150,0

Frage/Sachverhalt:

Mit wie vielen Rückführungen rechnet die Landesregierung?

Antwort der Landesregierung:

Die Zahl der Aufenthaltsbeendigungen ist seit 2004 von 597 auf 200 in 2009 zurückgegangen. Ursächlich dafür ist ein deutlicher Rückgang an ausreisepflichtigen Personen. Gleichzeitig ist seit 2006 ein deutlicher Anstieg der sog. Bleiberechte für Asylsuchende (Anerkennung Asyl, Gewährung Flüchtlingsschutz, Feststellung eines Abschiebeverbotes) zu verzeichnen (2006: 6,4%, 2009: 33,8%). Ein weiterer Grund ist, dass die Zahl der Ausreisepflichtigen (geduldete Personen) auch durch Gewährung eines Aufenthaltstitels deutlich zurückgegangen ist (2006: 3.019, 2009: 1.898).

Im Jahr 2010 wird die Zahl der Aufenthaltsbeendigungen unter 200 fallen. Die Landesregierung erwartet für 2011 und 2012 eine Fortsetzung dieses Trends.

Fragen der

	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
X	DIE LINKE
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2011/2012

Einzelplan:	09
Seite:	93
Kapitel:	13
Titel:	422 65
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten und der beamteten Hilfskräfte

Ansatz Ist 2009:	421,7
Ansatz Soll 2010:	373,1
Ansatz Soll HHE 2011:	500,0
Ansatz Soll HHE 2012:	500,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich die Steigerung?

Antwort der Landesregierung:

Die Bildung der Personalkostenansätze zum Haushaltsentwurf 2011/2012 erfolgt bedarfsgerecht – unter Berücksichtigung der Veranschlagung gemäß Stellenplan – auf Grundlage des verfügbaren Personalkostenbudgets (alle Ausgaben der OG 42) ohne Auswirkungen der Tarif- und Besoldungssteigerungen. Die Personalausgaben der OG 42 des Einzelplans 09 sind insgesamt deckungsfähig, insoweit sind zunächst die Personalausgaben der TG 65 zusammengefasst zu betrachten. Das Personalkostenbudget des Kapitels 0913 - TG 65 (Landesamt für Ausländerangelegenheiten) entwickelt sich wie folgt:

Ist 2009: 1.209,6 T€, Soll 2010: 1.362,4 T€, Soll 2011: 1.330,0 T€, Soll 2012: 1.330,0 T€

Im Ist 2009 sind zwar die finanziellen Auswirkungen der Tarif- und Besoldungserhöhungen enthalten, aber aufgrund einer vorübergehend hohen Anzahl unbesetzter Stellen, ist das Ist 2009 insgesamt niedrig ausgefallen. Die Wiederbesetzung der Vakanzen ist vorgesehen. Zum Stand 01.09.2010 sind Personalausgaben der OG 42 für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten in Höhe von insgesamt rd. 780,0 T€ erfolgt, es werden zum derzeitigen Stand Ausgaben zum 31.12.2010 in Höhe von rd. 1.270,0 T€ erwartet.